

Boris Kagarlitsky

„Politischer Kapitalismus‘ und Korruption in Russland*

Ende der 90er Jahre „entdeckte“ die westliche Presse die Korruption in Russland. Zwar hatte man schon vorher über die Verbrechen der „Russenmafia“ berichtet (deren Wurzeln im übrigen ausnahmslos beim ehemaligen Geheimdienst KGB gesucht wurden). Doch nun wurde der westliche Leser mit Berichten über Bestechung, Unterschlagung und dem illegalen Kapitaltransfer russischer Verwaltungsbediensteter ins Ausland geradezu überschwemmt. Höhepunkt dieser Berichterstattung war das sogenannte „Russia-Gate“, ein Skandal um russische Konten bei der Bank of New York. In diesen Fall von illegaler Kapitalflucht in den Westen waren unter anderem auch die Familie des russischen Präsidenten Boris Jelzin sowie deren enge Geschäftspartner involviert. Der ehemalige Stabschef im Kreml, Pawel Borodin, wurde in diesem Zusammenhang in den USA sogar verhaftet. Gegen ihn war im Zuge von „Russia-Gate“ in der Schweiz ermittelt worden. Schließlich zerstreute sich die Affäre jedoch, denn die russische Staatsanwaltschaft gab sich bei der Zusammenarbeit mit den Behörden in der Schweiz und in den USA äußerst unkooperativ.

Die Skandale von 1998-99 weisen zum einen auf das Ausmaß der Korruption innerhalb der russischen Eliten hin. Zum anderen zeigt sich jedoch auch eine auffällige Voreingenommenheit in der Berichterstattung durch die westliche Presse, sowie die Inkompetenz vieler westlicher Politiker und Russlandspezialisten. Dabei wird nicht etwa das Ausmaß der russischen Korruption in den westlichen Medien übertrieben. Jeder russische Bürger, der sich in irgend einer Form mit der Geschäftswelt oder den russischen Behörden auseinander setzen musste, könnte auf Grund eigener Erfahrungen eben so viele Beispiele für Korruption anführen, wie die AutorInnen der Berichte über den erwähnten Fall der Bank of New York oder die sogenannte „Borodin Affäre“. Auffällig ist vielmehr, dass im Westen die Korruption in Russland erst 1998, also nach dem Kollaps des Rubels und dem Ausbruch der Finanzkrise, auf die mediale Agenda gesetzt wurde. Dabei beriefen sich westliche Journalisten vielfach auf Berichte, die in Russland von der oppositionellen Presse bereits drei oder vier Jahren zuvor veröffentlicht worden waren, in einigen Fällen sogar schon 1992-

* Dieser Artikel erschien zuerst in *Labour Focus on Eastern Europe* 71, spring 2002.

93. Diese Berichte waren den westlichen Russlandspezialisten und Auslandskorrespondenten gut bekannt, doch hatten sie bis dato als tendenziös und unglaubwürdig gegolten.

Dass Ende der 1990er Jahre eine Vielzahl von Korruptionsfällen sehr schnell „entdeckt“ und in den USA und in Westeuropa veröffentlicht wurde, ist genau diesem Umstand geschuldet: das betreffende Material musste kaum recherchiert werden. Es lag entweder bereits vor oder war in vielen Fällen niemals verborgen gewesen. Um über Korruption in Russland zu berichten, war vor allem eines nötig gewesen - die westlichen Beobachter mussten einen politischen Positionswechsel vollziehen.

Der Blick des Westens auf Russland: von Optimismus zu Pessimismus

Bis 1998 wurden die russischen Privatisierungs- und Liberalisierungsreformen als unbestreitbare Erfolge gewertet. Im Einklang mit der im Westen vorherrschenden neoliberalen Ideologie konstatierten die Beobachter des wirtschaftspolitischen Transformationsprozesses, dass das Land sich auf dem Weg in den Wohlstand befinde. Einzig der Widerstand „konservativer Kräfte“, die angeblich weiterhin dem ehemaligen kommunistischen Regime nahe standen, wurde in diesem Zusammenhang als Problem ausgemacht. In Wahrheit waren die meisten Akteure, die sich gegen den neoliberalen Kurs sträubten, keineswegs Unterstützer des kommunistischen Regimes gewesen, während im Gegenzug die Gruppe der Neoliberalen der 1990er Jahre zumeist aus ehemaligen kommunistischen Funktionären bestand. Stephan Cohen (2000), Janin Wedel (1998) und Peter Reddaway (2001) gehören zu den wenigen AutorInnen, die die gängige Einschätzung kritisch diskutierten, ihre Stimmen fanden jedoch kaum Gehör.

1993 wurde der Widerstand gegen die Reformen mit Waffengewalt gebrochen. Dass es dabei zu einer Auflösung repräsentativdemokratischer Organe kam (beginnend auf der regionalen Ebene), zur Aufhebung der Verfassung, zur Schwächung des Parlaments und im Herbst 1993 zur Einführung einer Zensur, schien dabei in den Augen westlicher Politiker in keinerlei Widerspruch zu demokratischen Prinzipien zu stehen.

Nachdem der „Widerstand gegen die Reformen“ gebrochen war, hätte man eine schnelle Entwicklung Russlands erwarten können. Statt dessen endete die Reformperiode von 1994 bis 1998 in einem unvorhergesehenen Finanzcrash und in einer ausgewachsenen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Krise. Ausgerechnet eine Gruppe „konservativer“ PolitikerInnen führte das Land auf der Basis einer keynesianischen Wirtschaftspolitik aus dieser Krise heraus. Zu diesem Zeitpunkt begannen die Russlandspezialisten, deren Vorhersagen sich als katastrophal falsch herausgestellt hatten, mit Erklärungsversuchen, warum der eingeschlagene politische Kurs fehl geschlagen war. Hätten sie nun erklärt, dass die empfohlene Reformpolitik von Beginn an auch nur teilweise falsch

gewesen war, wären sie dadurch vor allem selbst in Misskredit geraten. Konsequenter Weise bestand die populärste These denn auch darin, dass es die Korruption gewesen sei, an der die russischen Reformen gescheitert waren. Korruption wurde in diesem Zusammenhang entweder als eine Kontinuität der alten sowjetischen Ordnung bezeichnet, oder aber als ein Ergebnis spezifischer Fehler der Reformpolitiker selbst. Insbesondere der Versuch, Korruption als eine Art „sowjetische Erbschaft“ zu erklären, lief schlussendlich darauf hinaus, den altbekannten Mythos vom „konservativen Widerstand“ zu reaktivieren. Hatte man die ehemaligen sowjetische Verwaltungsbediensteten zuvor beschuldigt, bei der Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien nicht ausreichend zu kooperieren, so wurde ihnen nun vorgeworfen, die Marktformen falsch angepackt zu haben.

Geflissentlich ignorieren die Urheber solcher Beschuldigungen, dass vor allem die „jungen Reformen“, also genau diejenige Gruppe, welche in Russland als Geburtshelfer der fortschrittlichen westlichen Werte fungierte, in erheblichem Umfang in die Korruptionskandale verwickelt gewesen sind. Auch die Verstrickung westlicher Experten, Unternehmer und ganzer Konzerne in die russische Korruption wird gern ignoriert, oder zumindest unzureichend berücksichtigt. Und dies, obwohl zum Beispiel die Schweizer Staatsanwaltschaft in den späten 1990ern Jahren ganze Listen von Personen und Organisationen führte, die in die Korruptionsfälle verwickelten waren.

Privatisierung und Korruption

Um die hier angesprochenen Entwicklungen richtig einschätzen zu können, bedarf es eines Blickes zurück auf die Jahre 1989 bis 1991. Während dieser Zeit wurden die neoliberalen Reformen für Russland und die Länder Zentral- und Osteuropas ausgearbeitet. Es fällt in diesem Zusammenhang zunächst auf, dass die Reformen in den post-kommunistischen Ländern nicht nur darauf angelegt waren, Marktmechanismen zu implementieren und privates Unternehmertum zu zulassen, sondern auch auf die umfassende Privatisierung des Staatseigentums abzielten. Die effektive Nachfrage nach staatlichem Eigentum in den Republiken der Sowjetunion betrug jedoch gemäß Schätzungen aus dem Jahr 1990 nicht einmal ein Prozent seines tatsächlichen Wertes. Zwar kann eingewendet werden, dass die Autoren dieser Studien den Umfang und die zahlungskräftige Nachfrage des „Schattenkapitals“ als zu gering einschätzten. Doch selbst wenn wir annehmen, dass die Nachfrage nach Staatseigentum ein Mehrfaches betrug, ändert sich das Bild nicht grundlegend. Schließlich erwiesen sich auch die Hoffnungen auf massive Auslandsinvestitionen als unrealistisch.

Je umfassender privatisiert wurde, desto geringer war die Aussicht, Staatseigentum vorteilhaft veräußern zu können. Allerorts fand in den frühen 1990er ein

Ausverkauf staatlichen Eigentums statt. Dabei stellte die im Prozess des Zerfalls und der Privatisierung befindliche Sowjetunion, trotz all ihrer Ineffizienz, immerhin die weltweit zweitgrößte Volkswirtschaft dar; massive Privatisierungsprozesse fanden darüber hinaus in Osteuropa, Afrika, Lateinamerika, zahlreichen asiatischen Ländern und sogar im Westen statt. Mit anderen Worten, der Wert der angebotenen Unternehmen überstieg die effektive Nachfrage nicht nur auf den internen Märkten, sondern ebenfalls auf dem Weltmarkt um ein Vielfaches. Zieht man zusätzlich in Betracht, dass sich die Weltwirtschaft in den frühen 1990er Jahren in einer Rezession befand, so wird deutlich, dass 1991-1992 eine erfolgreiche Privatisierung auf der Basis marktwirtschaftlicher Prinzipien aus prinzipiellen Gründen nicht möglich war. Somit stand das Ziel, die Einführung einer Marktwirtschaft, im Widerspruch zu dem Mittel, der beschleunigten Privatisierung. Privatisierung führte in dieser Situation gerade nicht zu einer Entwicklung von Marktbeziehungen, sondern vielmehr zu Formen behördlicher Redistribution.

Außer Stande Betriebe zu angemessenen Preisen zu veräußern, waren die Verwaltungsbehörden gezwungen, den Weg des „politischen Kapitalismus“ einzuschlagen und das staatliche Eigentum an Geschäftspartner und Kunden auszuhändigen. Die Tatsache, dass dieses Vorgehen den herrschenden Eliten mehr als gelegen kam, steht dabei auf einem anderem Blatt. Die Attraktivität des „politischen Kapitalismus“ für die politischen Eliten gibt allerdings einen Hinweis darauf, warum große Teile des Verwaltungsapparates einschließlich der dort vorherrschenden Ideologie einen so rasanten Wechsel vom „Marxismus-Leninismus“ zum Neoliberalismus vollzogen. Wie der bekannte Soziologe Ivan Szelenyi und seine Co-Autoren Eyal und Townsley beobachten,

„war es den Eliten, die vor 1989 Nomenklatura Positionen inne hatten, möglich, ihre Macht und ihre Privilegien im Zuge der post-kommunistischen Transition zu erhalten, indem sie ihr politisches Kapital in privatwirtschaftlichen Reichtum konvertierten“ (Eyal et al. 1998: 117).

Konservativ, ja sogar reaktionär in ihren Inhalten, wurden die Privatisierungsformen, mit den Worten von Szelenyi, zu einem „großen Bankraub“ (ebd. 116). Gleichzeitig brachte der „politische Kapitalismus“ seine eigenen Spielregeln hervor. „Das System des ‚politischen Kapitalismus‘ im Verbund mit der Schattenökonomie ist chronisch instabil,“ konstatiert der Soziologe Georgy Derlugyan.

„In hohem Maße funktioniert dieses System auf der Grundlage persönlicher Beziehungen und Übereinkommen und über bürokratische Intrigen. Kriminelle Gewalt und Mobilisierung von Massenprotesten sind unter post-sowjetischen Bedingungen zu seinen konstitutiven Elementen geworden.“ (Furman 1999: 216)

Ein weiterer struktureller Faktor in dieser Situation ist die Korruption. Dessen waren sich die nüchternen Ideologen der Reformen nicht nur bewusst, sondern unternahmen auch die notwendigen Schritte, um Korruption in eine legitime und sozial anerkannte Verhaltensnorm zu wenden. So publizierte der Moskauer Bürgermeister Popov in den frühen 1990er Jahren eine Reihe von

Artikeln und Interviews, die sich auf theoretischer Ebene der Rechtfertigung von Korruption widmeten. In diesen Texten argumentiert Popov, dass allgemein anerkannte Normen von Legalität und Moral während der Transition einer „abnormalen“ Gesellschaft des sowjetischen Typs zu einer „normalen“ kapitalistischen Gesellschaft keine Anwendung finden könnten. Vielmehr müssten Betrug, Bestechung und Unterschlagung als sozial nützliche Aktivitäten betrachtet werden, wenn sie letztlich zu dem gewünschten Ziel der Entwicklung von Privatwirtschaft führen. „Zivilisierte“ Verhaltensnormen würden nur nach dem endgültigen Sieg des Kapitalismus und mit dem Anbruch einer neuen Generation von Unternehmern triumphieren.

Unabhängig davon, wie man solche Aussagen in moralischer Hinsicht einschätzt - sie sind auch argumentativ inkonsistent. Denn Korruption entwickelt sich schnell zu einem strukturellen Phänomen, welches sich auf der Grundlage einmal etablierter Beziehungen und habitueller Normen systemisch reproduziert. Selbstverständlich haben sich die spezifischen Formen, welche die Korruption annimmt, im Laufe der Zeit verändert. In den frühen 1990er Jahren waren die Moskauer Zeitungen voll von Werbung für Firmen, die ihre Dienste als Vermittler offizieller Entscheidungsfindungen anboten (mit anderen Worten agierten sie als Verhandlungsinstanz bei der Bestechung von Regierungsfunktionären). Die Dienstleistungen solcher Firmen wurden damals stark nachgefragt, da die betreffenden Kunden nicht immer wussten, wer genau bestochen werden musste und wie viel man zu zahlen hatte, um das gewünschte Ergebnis zu erreichen. Heute erscheinen solche Anzeigen kaum mehr, was allerdings nicht bedeutet, dass weniger bestochen würde. Das System hat sich mittlerweile einfach organisiert, ist übersichtlicher und stabiler geworden.

Im Laufe der 1990er Jahre wurde Korruption für die Eliten tatsächlich zu einem „way of life“ und zur rationalen Basis ihrer Entscheidungsfindungen. Die persönlichen Verbindungen der Verwaltungsbediensteten und deren Interessen wurden zu den alleinigen Entscheidungskriterien. Problematisch war dabei nicht, dass die Entscheidungsträger besonders bössartig gewesen wären, sondern dass sich das System als prinzipiell unfähig erwies, alternative Kriterien zu entwickeln. Jeder Versuch, gemäß offizieller Regeln zu operieren, führte schnell zu einer Lähmung des gesamten Systems. Dies zeigt sich beispielsweise am Fall Viktor Poliwanows, der 1995 Leiter der Privatisierungsbehörde wurde. Poliwanows Versuche, Effizienzkriterien für den Transfer von öffentlichem Eigentum in private Hände auszuarbeiten und zu implementieren, führte schnell zur Paralyse des gesamten Systems, brachte den Privatisierungsprozess ins Stocken und führte rasch zu Poliwanows Entlassung.

Für den Privatisierungsprozess der 1990er Jahre lässt sich generell festhalten, dass der Großteil der Staatsbetriebe zu Preisen verkauft wurde, die selten 1,5 Prozent ihres tatsächlichen Marktwertes überstiegen. Um einen Vergleich zu ziehen: Ganze drei russische Unternehmen konnten zu einem Preis verkauft

werden, der überhaupt nur die Kosten für die 1993 errichteten Absperrungen um das zentrale Bürogebäude der Moskauer Regierung überstieg.

Während die Korruption „von oben“ eine unmittelbare Kontinuität des Privatisierungsprozesses darstellte, entwickelte sich die Korruption „von unten“ als ein Resultat der Steuerpolitik der Regierung. Durch die Privatisierung gab die Regierung die seit der Zarenzeit bestehende Hauptquelle der staatlichen Einnahmen auf – die Staatsunternehmen und die Handelsmonopole. Das dadurch entstandene Defizit im Staatshaushalt musste durch hohe Steuern aufgefangen werden. Der starke Anstieg der Steuerlast bedeutete aber für viele kleine und mittlere Unternehmen bittere Verluste, auch größere Firmen wurden relativ unprofitabel und Einzelpersonen mit hohen Einkommen hatten nun ruinöse Abgaben zu entrichten.

In der Presse wurde diese Entwicklung als „staatlicher Raub“ bezeichnet. Die Folge war eine geradezu epidemische Steuershinterziehung, eine Praxis an der so gut wie jeder Bürger mit einem monatlichen Einkommen von über 100 US Dollar beteiligt war. Eine erhebliche Anzahl absolut legaler Geschäfte wurde in dieser Situation in die „Schattenwirtschaft“ verlagert. Wie der Historiker Roy Medvedev bemerkt, hatten die Vertreter der Liberalisierungsideologie versprochen, dass die Aktivitäten der „Schattenwirtschaft“ mit dem Einsetzen der Reformen deutlich abnehmen würden. Tatsächlich war das Gegenteil der Fall:

„Große Teile der neu entstandenen privatwirtschaftlichen Strukturen und Unternehmen wurden in die Sphäre der Schattenökonomie verlagert, da sie durch exzessive Steuern und andere Abgaben an den Staat und die Verwaltung existentiell bedroht waren.“ (Medvedev 1998: 196)

Die Fähigkeit eines Unternehmens in der Legalität zu verbleiben, hing in hohem Maße von den Beziehungen ab, die das Management zu den Schlüsselpersonen in den Verwaltungsapparaten unterhielt, also zu denjenigen Funktionären, die auf einigermassen legalem Weg Steuererlässe gewähren und lukrative Aufträge vergeben konnten. Unter den Begünstigten befanden sich die größten Unternehmen Russlands, aber auch semi-kriminelle Zusammenschlüsse, die als Sportvereine und Veteranenverbände des Afghanistankriegs gegründet worden waren. Auch die orthodoxe russische Kirche profitierte von den halblegalen Arrangements und wurde auf diesem Weg zum landesweit größten Importeur von alkoholischen Getränken und Tabakprodukten.

Die Begünstigungen, welche einige wenige Privilegierte genossen, wurden in der Form zusätzlicher Abgaben auf alle Steuerzahler abgewälzt. Die doppelte Buchführung wurde zu einer normalen Praxis. Der Staat, der außer der Finanzpolitik alle Instrumente der Regulierung abgebaut hatte, sah sich mit einer Gesellschaft konfrontiert, die in keinsten Weise auf die politischen Bemühungen reagierte, Ordnung durch finanzielle Stimuli oder Sanktionen durchzusetzen.

Von vielen westlichen und russischen AutorInnen wird die Korruptionsorgie als ein Resultat „mangelhafter Gesetzgebung“ und als Ausdruck einer Schwäche der Gerichtsbarkeit gedeutet. In der Tat ist der Mangel an unabhängigen

Gerichten in Russland offensichtlich, doch das Argument „unvollkommener Gesetzgebung“ vermag, so wie es in diesem Kontext angeführt wird, kaum zu überzeugen. Denn wenn das Kriterium, an dem die Qualität eines Gesetzes gemessen wird, seine Übereinstimmung mit akzeptierten westlichen Praxen ist, dann ist die Gesetzgebung in Russland mindestens eben so gut, wie die in jedem anderen Land Zentral- und Osteuropas.

„Einer der schädlichsten Mythen der Reformer“, schreibt der Wirtschaftswissenschaftler Mikhail Delyagin, „ist derjenige, der den Rechtsstaat durch seine Erfolge auf dem Gebiet der Gesetzgebung charakterisiert, und nicht durch seine Fähigkeit, Ordnung in das wirtschaftliche und soziale Leben zu bringen. Von daher ist anzunehmen, dass viele Bereiche der Gesetzgebung in absolutem Widerspruch zur Realität stehen - in der Konsequenz ist es praktisch unmöglich ein Unternehmen zu führen, ohne ein Gesetz zu verletzen. Dass die informellen Normen wirtschaftlichen Verhaltens und die offiziell verkündeten deutlich divergieren, ist mittlerweile ein Allgemeinplatz geworden. Die Vorstellung, Gesetze seien Absichtserklärungen, ist nicht nur weit verbreitet, sondern weist zudem auch auf einen Mangel an Vertrauen auf Gesetze selbst hin.“ (Delyagin 2000: 164)

Unter diesem Gesichtspunkt sind die Gesetze, die nach dem Vorbild westlicher Modelle verfasst wurden, nicht nur an der Lösung des Korruptionsproblems gescheitert, sondern haben es sogar noch verstärkt. Denn die Diskrepanz zwischen den offiziell proklamierten Anforderungen und den Normen des wirklichen Lebens hat zugenommen. Je besser die Gesetze aus Sicht der liberalen öffentlichen Meinung waren, desto schlechter funktionierten sie. Korrupte Praxen füllten die Kluft zwischen Gesetzgebung und Realität und ermöglichten so überhaupt erst die widersprüchliche Koexistenz beider Sphären.

Jedoch war es für bestimmte Gruppen durchaus notwendig, die „Normen des Alltags“ zu kontrollieren. Das staatliche Unvermögen den gesetzeskonformen Ablauf des Alltagslebens zu organisieren und zu garantieren, führte effektiv zu einer Privatisierung der staatlichen Zwangsgewalt durch private Akteure. So entstanden Ordnungsstrukturen, die auf informellen Normen beruhten, auf Gewohnheitsrecht und auf kriminellen „Übereinkünften“.

Es sind die hier skizzierten Prozesse und nicht etwa die mystische „Mangelhaftigkeit“ der Gesetzgebung oder irgendeine „sowjetische Erbschaft“, welche die ungezügelte organisierte Kriminalität der 1990er Jahre erklären. Tatsächlich wechselten zahlreiche Mitglieder des sowjetischen Repressionsapparates über in die Ränge krimineller Gruppen, jedoch nur, weil sich einerseits in der Gesellschaft eine effektive Nachfrage nach den Aktivitäten dieser kriminellen Gruppen entwickelte, während andererseits die staatlichen Gewaltapparate personell abgebaut wurden.

In einer Situation, in der Einkommen permanent unterschlagen und „Schattengeschäfte“ zur allgemeinen Verkehrsform wurden, war im Falle eines Konflikts der Gang zum Gericht nutzlos. Illegale Akteure waren zu den Garanten des Marktes geworden. Die Mafia stellte diejenige Struktur bereit, durch welche eine Regulierung der Geschäftswelt gesichert werden konnte und die UnternehmerInnen in ihren Beziehungen untereinander gewisse Normen beachteten. Den Platz des Staatsanwaltes hatte der Auftragskiller eingenommen.

„Das Paradox der Liberalisierung“, schreibt der bekannte Wirtschaftswissenschaftler Sergey Glazyev, „besteht darin, dass der Rückzug des Staates aus seiner Rolle als Kontrollinstanz gegenüber der Ökonomie nicht zu einer Selbstorganisation des Marktes und zu mehr Wettbewerb geführt hat. Statt dessen wird diese Funktion nun vom organisierten Verbrechen wahrgenommen. Anstelle des Staates ist es heute die gut organisierte Mafia, die die Verhaltensregeln auf dem Markt festlegt. Doch in diesem System herrscht die Willkür. Ein Gericht entscheidet auf der Grundlage des Gesetzes und präziser Verhaltensregeln. Wenn jedoch Kriminelle ihre Rechnungen begleichen, so werden die Regeln von dem Stärksten diktiert und wandeln sich mit der Veränderung der Machtbeziehungen. Während eine benachteiligte Partei früher an den Staat appellierte, wendet sie sich nun an eine kriminelle Gruppe.“ (Glazyev 1994: 87)

Zunehmend setzte sich die Einschätzung durch, dass die kriminellen Gruppen die Probleme nicht nur schnell und effizient lösten, sondern dabei auch gerechter und weniger parteilich handelten als der Staat. Es ist überflüssig zu erwähnen, dass diese Einschätzung fehl geht, jedoch zeigte die Mafia während der 1990er Jahre zum Beispiel ein weitaus größeres praktisches Interesse an der Entwicklung kleiner Unternehmen als die Regierung.

Die Konsolidierung der kriminellen Gruppen, ihre Verbindungen zur Geschäftswelt und ihre Bemühungen, sich Respekt zu verschaffen, führten unvermeidlich auch zur Etablierung von Verbindungen der Mafia mit den staatlichen Behörden. Ethnische und lokale Beziehungen spielten dabei eine erhebliche Rolle. Ist von der Kriminalisierung der Macht die Rede, so gilt es insofern auch anzuerkennen, dass der umgekehrte Prozess ebenfalls von Bedeutung war – staatliche Akteure bezogen mafiose Verbindungen in ihre Aktivitäten ein, behandelten sie mit Respekt und sicherten ihnen die Kontrolle über bestimmte Prozesse zu. Der bekannte Politikwissenschaftler Alexander Tarasov bemerkt, dass die Gruppe der neuen Privateigentümer sich zwar ursprünglich vor allem aus Mitgliedern des sowjetischen Partei- und Staatsapparates zusammensetzte, die kriminelle Sphäre sich jedoch im Zuge der Privatisierung in eine Art „Kaderschmiede“ für die neuen Eliten verwandelte:

„Die Interpenetration der kriminellen Sphäre und der staatlichen Verwaltung (hierin besteht die für Mafiastrukturen typische Formation) fand auf der Grundlage einer Verflechtung dieser beiden Gruppen zu einer neuen herrschenden Klasse statt.“

Dennoch war es letztlich die „bürokratische Bourgeoisie“, welche die Schlüsselpositionen in der Geschäftswelt besetzte. Tarasov beobachtet seit 1994

„eine graduelle, aber systematische Stärkung der Verwaltung, und zwar bei einer gleichzeitigen Verschlechterung der Positionen aller anderen Akteure (einschließlich der zweitgrößten Gruppe, der Kriminellen).“ (Tarasov 1994: 87)

Das größte Paradoxon besteht allerdings darin, dass die Stärkung der Rolle und des Umfangs der Verwaltung sich nicht nur ohne eine Intensivierung der Staatsinterventionen in die Marktbeziehungen entwickelte, sondern im Gegenteil sogar vor dem Hintergrund eines durchgehenden Sieges der Prinzipien freier Marktwirtschaft in der offiziellen Theorie und in der Praxis stattfand. Die Weigerung des Staates, unmittelbar zu intervenieren und den ökonomischen Prozess zu regulieren, ging mit einer offenen Dominanz derjenigen Ver-

Verwaltungsfunktionäre einher, die nun auch als Eigentümer von Aktien und Vermögen agierten. Alle Versuche, die darauf abzielten, an dieser Situation etwas zu ändern oder zumindest auf die bestehenden „Interessenkonflikte“ hinzuweisen, wurden mit folgendem Argument kategorisch abgelehnt: Ein Verbot für Staatsbedienstete sich in der Geschäftswelt zu engagieren, impliziere eine Verletzung der wirtschaftlichen Freiheit und liefe darauf hinaus, dass der Staat in die Marktsphäre eingreifen und diese regulieren würde. und davon sei prinzipiell nichts Gutes zu erwarten.

Auf der einen Seite waren also Korruptions- und Mafiapraktiken zu einem zentralen Bestandteil des wirtschaftlichen und sozialen Lebens im Land geworden. Auf der anderen Seite funktionierte auch die öffentliche Verwaltung in allen ihren Teilbereichen auf der Grundlage von kriminellen Aktivitäten und „Schatten“verhältnissen. Kriminelle Vereinigungen wurden in unterschiedlichsten Formen legalisiert: als Sicherheits-Agenturen, deren Grundlagen Verbrecherbanden waren, als karitative Verbände, die es ermöglichten, illegale Einkommen zu legalisieren, und nicht zuletzt auf der Grundlage eines umfangreichen Systems politischer Spenden, durch welches Bestechung zu einer legalen lobbyistischen Handlung wurde.

Die Normen des „politischen Kapitalismus“

Die korrupte Praxis, die sich in der Wirtschaft etabliert hatte, übertrug sich unvermeidbar auch auf die Sphäre der Politik. Im System des „politischen Kapitalismus“ steht und fällt der Erfolg der Unternehmer mit ihren Beziehungen zu den staatlichen Autoritäten. Deren Position wiederum hängt von ihrer Fähigkeit ab, Geschäftsfreunde zu verteidigen und zu fördern. Mit anderen Worten: der Kampf um die politische Macht wurde zum Bestandteil geschäftlicher Konkurrenz. Die Manipulation von Wahlen wurde dabei sowohl auf der lokalen wie auch auf der zentralstaatlichen Ebene zu einer Standardpraxis. In der Presse wird dies vorsichtig als Nutzung „administrativer Ressourcen“ beschrieben.

Die am weitesten verbreitete Form des Wahlbetrugs ist die Aufnahme sogenannter „toter Stimmen“ in die Auszählung - gezählt werden dabei sowohl die Stimmen tatsächlich verstorbener Wähler, als auch die der (Nicht-) Wähler, welche fünf Minuten vor Schließung der Wahllokale ihre Stimme noch immer nicht abgegeben haben. Im Gegensatz zu den meisten Demokratien der Welt verzeichnet die Wahlstatistik in Russland deswegen auch eine massive Wahlbeteiligung in den letzten Minuten vor Schließung der Wahllokale.¹ Über die Manipulation von Wahlergebnissen ist wiederholt in den Zeitungen *Novaya Gazeta*, *Nezavisimaya Gazeta* und der *Moscow Times* berichtet worden. Nicht einer die-

1 Die ersten Studien zum Thema Wahlbetrug wurden 1994 von Minkin (1994), Sobyenin (1994) und Tarasov (1994) veröffentlicht. Dabei ist festzuhalten, dass Minkin und Sobyenin die Regierungspolitik unterstützen.

ser Artikel ist von offizieller Seite juristisch angefochten worden. Gleichzeitig haben die Gerichte sich geweigert, die Beschwerden von BürgerInnen aufzunehmen, in denen die staatlichen Autoritäten des Wahlbetrugs bezichtigt werden.² Unsummen sind derweil investiert worden, um PR-Apparate für die verschiedenen Geschäfts- und Verwaltungs-Clans einzurichten. So haben alle großen oligarchischen Verbindungen ihre eigenen Zeitungen und, wo möglich, auch Fernsehsender gegründet. Die führenden Öl- und Gasunternehmen (Yukos, Lukoil, und Gazprom) sowie Großbanken (Onexim und MOST-Bank) haben Massenmedien erworben. Auch der Einfluss der bekannten Oligarchen Boris Berezowski und Wladimir Gusinsky basiert nicht nur auf ihren Verbindungen zu wichtigen Persönlichkeiten im Kreml, sondern ebenfalls auf der Macht ihrer Medienimperien. Provinzgouverneure haben regionale Fernsehanstalten und Zeitungen unter ihre Kontrolle gebracht.

So gut wie alle prominenten russischen Politiker und Geschäftsleute waren in ihrer Vergangenheit in illegale Aktivitäten verwickelt und fürchten nun eine Aufdeckung ihrer Verstrickungen. Der Presse ist es von daher möglich gewesen, belastendes Material über die jeweiligen politischen Gegner strategisch zu veröffentlichen. Geraten jedoch die „eigenen“ Politiker und Oligarchen einer Zeitung in die Kritik, so werden sie als Opfer einer Rufmordkampagne präsentiert; denn wenn sich doch jeder in der gleichen Art und Weise etwas zu Schulden hat kommen lassen, warum sollte dann eine bestimmte Person im Besonderen zur Verantwortung gezogen werden?

Unsummen sind in solche Öffentlichkeitskampagnen, sogenannte schwarze PR, investiert worden. Die aufgewendeten Beträge übersteigen teilweise die öffentlichen Haushalte für Bildung und soziale Entwicklung. Es überrascht kaum, dass der Berufsstand der Journalisten, trotz all der Enthüllungen, die recherchiert und veröffentlicht werden, selbst außerordentlich korrupt ist. Die Bezahlung von Journalisten für die Veröffentlichung - oder eben die nicht Veröffentlichung - spezifischer Informationen, ist in den 1990er Jahren zu einer allgemeinen Praxis geworden, so dass die bekannte Zeitung *Argumenty I Fakty* 1999 gar eine Preisliste für ihre Dienstleistungen gegenüber Kunden veröffentlichte. Da Journalisten keine öffentlich Beschäftigten sind, gilt die Entgegennahme solcher Bezüge im juristischen Sinne nicht als Bestechung und führt von daher auch zu keiner strafrechtlichen Verfolgung.³ Eine moralische Verurteilung von Seiten der post-sowjetischen Eliten bleibt auf Grund der in diesen Kreisen gültigen Verhaltensnormen aus. Kritik, die „von unten“ kommt, wird von den politischen, wirtschaftlichen und medialen Eliten als Neid des „kleinen Mannes“ betrachtet.

2 Detaillierte Berichte über Wahlmanipulationen sind unter anderem im Jahr 2000 von Yevganiya Borisova im Internet veröffentlicht worden.

3 Für eine Untersuchung der Korruption in den Massenmedien siehe Zasursky (1999).

Zu Beginn des neuen Jahrhunderts hat die Nachfrage nach Propaganda und „schwarzer PR“ jedoch deutlich abgenommen. Die lokalen Wahlen 2001 zeigten, dass es einfacher ist lokale Wahlhelfer zu bestechen, als eine aufwändige Medienkampagne durchzuführen. Und da die Wahlbeteiligung stetig abnimmt, hängen die Ergebnisse der Wahlen immer weniger von den Wählern ab, und immer mehr von den Offiziellen, die die Stimmen auszählen. Der bekannte Journalist Oleg Lurye publizierte in der Zeitung *Novaya Gazeta* eine Preisliste für die Wahlen 2001 zum Moskauer Stadtparlament. Die garantierte Wahl eines Kandidaten kostet etwa eine Million Dollar.

Wladimir Putins „Diktatur des Gesetzes“

Der Beginn des neuen Jahrhunderts war für die russische Gesellschaft durch grundlegende Umbrüche gekennzeichnet. Der Absturz des Rubels im Jahre 1998 hatte paradoxer Weise eine gesunde Wirkung auf die Wirtschaft des Landes, denn er stärkte die Wettbewerbsfähigkeit der russischen Industrie sowohl auf dem einheimischen als auch auf dem internationalen Markt. Auch der Anstieg der Weltmarktpreise für Öl und Gas kam Russland zu Gute. Die Wirtschaft begann zu wachsen.

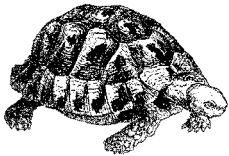
Insofern das Wirtschaftswachstum vor allem auf einer Wiederaufnahme zuvor stillgelegter Produktionszweige basierte, ging es mit nur minimalen Kapitalinvestitionen vonstatten. Ein Gefühl der Stabilität kam innerhalb der russischen Eliten auf, und mit ihm der Wunsch, ein dauerhafteres System von Regeln zu etablieren. Der Umschlag von wirtschaftlicher Depression in ökonomischen Aufschwung fiel mit dem Führungswechsel im Kreml zusammen. Wladimir Putin, der den alternden Boris Jelzin als Präsident ablöste, versprach der Gesellschaft eine „Diktatur des Gesetzes“. Es ist bemerkenswert, dass diese Erklärung in den korrupten Kreisen keinerlei Panik auslöste. Doch sah Putins Projekt eben niemals vor, das Problem der Korruption an den Wurzeln zu packen oder seine Ursachen zu bekämpfen. Putins Politik bestand vielmehr aus einem Bündel von Maßnahmen, welches einerseits auf die Legalisierung der „Schattenwirtschaft“ abzielte und andererseits die strafrechtliche Verfolgung von Personen und Organisationen vorsah, die „die Grenzen überschritten“. Sanktioniert werden sollten diejenigen Mitglieder der Oligarchie und Verwaltungsbehörden, die durch ihr verantwortungsloses Handeln die spontan etablierten Spielregeln verletzten. Eine Reihe von Maßnahmen sollte die Rückkehr des illegal aus Russland exportierten Kapitals erzwingen. Gleichzeitig wurde es den Bürgern deutlich erleichtert, Geld legal auszuführen (jedoch bei gleichzeitiger Verschärfung der betreffenden Regelungen für Ausländer und im Ausland lebende Russen). Drastische Steuersenkungen, die durch den Fluss von Petrodollars nach Russland möglich wurden, sollten das Problem der Korruption auf ein niedrigeres Niveau senken. Auf hohem Niveau nahm man

eine Umverteilung des Eigentums derjenigen Oligarchen in Angriff, die sich gegenüber dem Kreml und den ihm nahe stehenden Unternehmen illoyal verhielten. Diese Umverteilung fand strikt auf der Basis der Regeln des „Politischen Kapitalismus“ statt. Berezovsky und Gusinsky wurden zu Opfern der Strafverfolgung, ihre ehemaligen Partner Alexander Woloschin und Roman Abramowitsch einigten sich mit den neuen Eliten und konnten ihren Einfluss dadurch sogar noch erhöhen. Aufsehen erregende Fälle von Kriminalität wurden entweder gnadenlos verfolgt oder einfach zu den Akten gelegt - ein Umstand, der den Wandel der Beziehungen innerhalb der Kreml Elite deutlich macht. Unterdessen wurde während der ersten beiden Amtsjahre Putins nicht ein einziger größerer Fall von Korruption tatsächlich vor Gericht verhandelt. Putins Steuerreform brachte aber nicht die erwünschten Resultate, da die Ölpreise in dem Moment zu fallen begannen, als die Reform 2001 in Kraft trat. Innerhalb kurzer Zeit war der öffentliche Haushalt Russlands wieder mit den gleichen Problemen wie schon in den frühen 1990er Jahren konfrontiert. Die Regierung versuchte den Rückgang staatlicher Einnahmen durch die Einschränkung der Subventionen für Wohnraum und für kommunale Dienstleistungen auszugleichen und wälzte somit die finanzielle Last auf die sozial schwächsten Bevölkerungsgruppen ab. Die Steuerreformen, wie auch die Reformen im Bereich der Wohnungspolitik und der kommunalen Dienstleistungen, waren extrem unpopulär. Zur gleichen Zeit scheiterte die Regierung völlig an der Bekämpfung der Praxis der doppelten Buchführung, wie sie in fast allen Unternehmen üblich war. Zu tief saß die Gewohnheit und zu deutlich überstiegen die Vorteile der illegalen Einkommensunterschlagung deren Risiken. Anfang des Jahres 2001, so kann fest gestellt werden, waren alle Hoffnungen zerschlagen, dass die Ansätze der Putin Regierung helfen würden, das Problem der Korruption zu lösen. Da die Korruption in Russland mittlerweile einen systemischen Charakter hat, müssten wirksame Gegenstrategien auf einer sehr grundsätzlichen Ebene ansetzen. Vor allem wäre zumindest ein Teil des privatisierten Eigentums (das die zentrale Quelle der Staatseinnahmen war) wieder in die öffentliche Hand zu überführen, während gleichzeitig eine radikale Reform und eine Demokratisierung des politischen Systems und seines Apparates in Angriff genommen werden müsste. Das Problem besteht darin, dass solche Reformen mit den Interessen der derzeitigen Eliten in Russland inkompatibel sind. Aus diesem Grund kann die Frage nach einer Überwindung des „politischen Kapitalismus“ nur auf revolutionäre Art und Weise gelöst werden. Bis dies möglich ist, wird Korruption eines der Schlüsselmerkmale der russischen Gesellschaft bleiben und das Land in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht prägen.

Übersetzung aus dem Englischen von Henrik Lebuhn

Literatur

- Cohen, S. F. (2000): *Failed crusade: America and the tragedy of post-Communist Russia*, New York
- Delyagin, M. G. (2000): *Ideologiya Vozrozhdeniya*, Moscow
- Eyal, G./ Szelenyi, I./ Townsley, A. (1998): *Making capitalism without capitalists: class formation and elite struggles in post-communist Central Europe*, London; New York
- Furman, D. E. (1999): *Chechnya I Rossiya: Obshchestva i Gosudarstva*, Moscow
- Glazyev, S. (1994): *Ekonomika i Politika: Epizody Bor 'by*, Moscow
- Medvedev, R. A. (1998): *Kapitalizm v Rossii?*, Moscow
- Minkin, A. *Moskovsky Komsomolets*, 11. Januar 1994.
- Reddaway, P./ Glinski, D. (2001): *The tragedy of Russia's reforms: market bolshevism against democracy*, Washington, D.C.
- Sobyenin, A. *Vechernyaya Moskva*, 27. Mai 1994.
- Tarasov, A. (1994): *Provokatsiya: Postsriptum iz 1994-go*, Moscow
- Wedel, J. (1998): *Collision and Collusion: The Strange Case of Western Aid to Eastern Europe, 1989-1999*, London
- Zasursky, I. (1999): *Mass-Media Vtoroy Respubliki*, Moscow

	<h3>ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT</h3>	<input type="radio"/> Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar <input type="radio"/> Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (jgg. Vvk.)
	<p>In dieser Ausgabe (4/03) u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> ◆ Kirsten Huckenbeck/Anton Kobel: »Entschleunigungsbedarf«, ein Gespräch um flexible Arbeitszeiten - das Leben »rund um die Uhr« ◆ Peter Balluff: »Halte! den Dieb, er hat mein Messer im Rücken«, über Tarifverträge in Zeiten gewerkschaftlicher Selbst- und Fremdad-schaffungsversuche ◆ Horst Hembera: »Schwarz - Rot-Grün - Gelb: Enteignung und Enteignung von Erwerbslosen in der aktuellen Arbeitsmarktpolitik« ◆ Anton Kobel: »Plan Delta gegen Menschenrecht«, Metro bekämpft gewerkschaftliche Organisierung in Türkei ◆ Anne Allex: »Van SBZ zu SWZ« - zur Standortbestimmung der PDS in der Elgersburger Erklärung ◆ Cobas: »Selbstorganisation«, Geschichte und Selbstverständnis der italienischen ‚Comitati di Base‘ 	
<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);"> PF 102062 63020 OFFENBACH Tel. (069) 885006 Fax 821116 express-afp@t-online.de </p>		